

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Liebe Genossin, lieber Genosse,

Thomas de Maizière muss zurücktreten. Er hat sich selbst widersprochen, ist unglaublich und uneinsichtig bis zur Ignoranz. Merkel hätte ihn längst gefeuert, wenn er nicht so wichtig wäre, denn um sie herum ist es leer geworden. Das aber kann kein Kriterium sein, einen Mann im Amt zu halten, der mindestens die Unwahrheit gesagt hat, der keine klare Verantwortung übernehmen will und letztlich hunderte Millionen Euro Steuergelder verplempert hat. Darum unterstützen wir auch einen Missbilligungsantrag der Linken gegen de Maizière. Ein Minister, der nicht glaubwürdig ist, ist nicht haltbar – so steht es in der Süddeutschen Zeitung, und genau so ist es auch.

Der Untersuchungsausschuss wird nun Licht in das Drohnen-Dünkel bringen und dem Minister und seinen Leuten ihr Versagen präzise nachweisen. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben nichts zu verbergen.

Die SPD-Fraktion hat in dieser Woche den gemeinsamen Antrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern“ in den Bundestag eingebracht. Zusammen mit den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP fordert die SPD die Bundesregierung auf, hartnäckig und ausdauernd gegen diese Menschenfeindlichkeit vorzugehen. In Deutschland gibt es nach wie vor antisemitische Einstellungen. Dieser Umstand ist nicht akzeptierbar und muss weiterhin bekämpft werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, der Vertreibung und millionenfachen Ermordung der europäischen Juden muss diese gemeinsame Aufgabe und Verantwortung entschlossen angenommen werden.

Die Kanzlerin und die Union haben heute die Chance vertan, ihre Glaubwürdigkeit bei den Mieterinnen und Mietern wieder herzustellen. Sie hätten zeigen können, wie ernst es ihnen mit der Mietpreisbremse ist. Sie hätten unserem Änderungsantrag für eine Begrenzung von Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen von Wohnungen zustimmen können. Doch das lehnte die Union mit 215 Nein-Stimmen ab. Also nichts als Wahlbetrug von Merkel und CDU/CSU. Mit der FDP ist eine Mietpreisbremse ohnehin nicht zu machen.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

---

#### IMPRESSUM

**HERAUSGEBERIN** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**REDAKTION UND TEXTE** JOHANNA AGCI, LINA BELING, TERESA BÜCKER, STEFAN  
HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL  
**TELEFON** (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 14.06.2013 13.00 UHR

## Inhaltsverzeichnis

|    |   |    |  |
|----|---|----|--|
| 02 | Steinmeier zu de Maizière                                 | 10 | Verbraucherschutz 2.0                      |
| 03 | Wahlbetrug: CDU/CSU-Fraktion stimmt gegen Mietpreisbremse | 12 | Internetzugang für alle verbessern         |
| 04 | Die CSU und ihre Lüge von der PKW-Maut                    | 13 | KFOR-Mandat im Kosovo fortsetzen           |
| 05 | Europäische Bankenunion schaffen                          | 13 | UNIFIL-Mandat im Libanon fortsetzen        |
| 06 | Ok zur Euro-Einführung in Lettland                        | 14 | MINUSMA-Mission in Mali unterstützen       |
| 06 | Begrenzte Videoübertragung von Gerichtsverfahren          | 14 | Klimaschutz duldet keinen Aufschub         |
| 07 | Europawahlrecht reformieren                               | 16 | Frauenhäuser im Kampf gegen Gewalt fördern |
| 07 | Lehrkräfte in Integrationskursen stärken                  | 16 | Ganz Ohr für Bürgerinnen und Bürger        |
| 08 | Mehr Bürgerbeteiligung auf Bundesebene                    | 17 | Aus Erinnerung erwächst Verpflichtung      |
| 09 | Gemeinsam gegen Antisemitismus                            | 18 | Veranstaltung: „Elefantenrunde“ des DOSB   |

## TOP-THEMA

### Standpunkt von Frank-Walter Steinmeier: De Maizière-Rücktritt ist unausweichlich

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hat im Verteidigungs- und Haushaltsausschuss versucht, Verantwortung auf Untergerbene abzuwälzen, und behauptet, er selbst sei erst am 13. Mai über die Entscheidung in Kenntnis gesetzt worden, dass das Ministerium aus dem Projekt aussteigen werde.

Diese Selbstverteidigungsstrategie ist in sich zusammen gefallen wie ein Kartenhaus: Falsch ist die Behauptung, de Maizière sei mit den Problemen beim Euro-Hawk nicht befasst worden, falsch auch, es habe keine Vorlage an den Minister gegeben. Vielmehr gab es sowohl mündliche Unterrichtungen als auch schriftliche Vorlagen, die den Minister über Probleme informiert haben. Er war persönlich weit früher als behauptet im Bilde. Falsch ist auch die Behauptung, durch die Verschleppung von Entscheidungen sei Geld gespart worden. Tatsache ist, dass der Bundesrepublik während der Verzögerung erhebliche Mehrkosten entstanden sind. Im Übrigen bleibt es dabei, dass es im Ergebnis keine flugfähige Drohne gibt und dass Thomas de Maizière mehr als eine halbe Milliarde Euro Steuergeld in den Sand gesetzt hat. Unverantwortlich ist es schließlich, dass der Minister sich weigert, für eigene Fehler selbst gerade zu stehen und stattdessen mit dem Finger auf Untergerbene zeigt.

#### De Maizière handelt selbstgerecht und uneinsichtig

Der Rücktritt von Thomas de Maizière ist unausweichlich geworden. Er handelt selbstgerecht und uneinsichtig. Er hat vor dem Parlament im Bemühen, sich weiß zu waschen, falsche Angaben gemacht. Er unternimmt nicht einmal den Versuch, auf die immer drängender werdenden Fragen der Öffentlichkeit Antworten zu geben. Sein Auftritt vor den Abgeordneten des Verteidigungsausschusses am Montag und sein anschließender Gang vor die

Bundespressekonferenz lassen die Zweifel an seiner bisherigen Darstellung zum Scheitern des Projekts „Euro Hawk“ weiter wachsen. Seine Behauptung, von niemandem in seinem Umfeld oder der Rüstungswirtschaft über die Schwierigkeiten beim Beschaffungsvorhaben Aufklärungsdrohne unterrichtet worden zu sein, ist nicht glaubwürdig. Die Verantwortung für das Versagen seines Ministeriums ist er nicht bereit zu übernehmen.

Da Herr de Maizière offensichtlich nicht freiwillig bereit ist, umfassend zur weiteren Aufklärung beizutragen, kann nur ein Untersuchungsausschuss diese Aufgabe leisten. Wir haben ihn deshalb in dieser Woche im Bundestag beantragt.

Einem Missbilligungsantrag der Linken gegen Minister de Maizière hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Grünen zugestimmt.

Hier ist das Pressestatement von Fraktionschef Steinmeier zum Drohnen-Desaster zu finden: <http://www.spdfraktion.de/videos/de-maizi%C3%A8res-r%C3%BCcktritt-ist-unausweichlich>

Weitere Videos gibt es hier: <http://www.youtube.com/user/spdfraktion>

## MIETEN UND WOHNEN

### CDU/CSU-Fraktion stimmt gegen Mietpreisbremse

Heute hat die Koalition die Chance vertan, ihre Glaubwürdigkeit bei den Mieterinnen und Mietern wieder herzustellen. Die Kanzlerin und die CDU hätten zeigen können, wie ernst es ihnen mit der Mietpreisbremse ist. Denn die SPD-Fraktion brachte ihren Vorschlag zu einer Begrenzung von Mieten bei Wiedervermietungen von Wohnungen erneut in den Bundestag ein. Und zwar als Änderungsantrag zur Verbraucherrechterichtlinie. Dagegen stimmten 215 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion. Von der FDP lehnten 82 Abgeordnete die Mietpreisbremse ab, aber die wollen sie ja so wie so nicht.

Am 31. Mai versprach die Kanzlerin vor wohnungsuchenden Studentinnen und Studenten, eine generelle Begrenzung von Mieterhöhungen ins Wahlprogramm aufzunehmen. Sie dachte also vier Wochen nach dem Inkrafttreten der mieterfeindlichen schwarz-gelben Mietrechtsreform über Nachbesserung des eigenen Machwerks nach. „Dabei haben Sie im Gesetzgebungsverfahren alle Chancen für Änderungen gehabt“, warf Sören Bartol, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, der Kanzlerin vor. Dass sie die Idee einer Mietpreisbremse von der SPD geklaut hatte, gab Merkel freimütig zu. Doch schon einen Tag nach ihrer Ankündigung einer Mietpreisbremse ruderte die CDU zurück.

#### Das Original ist besser als die Kopie

Merkel hatte schlecht von der SPD kopiert. Hätte sie es richtig gemacht, dann hätte sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viele Korrekturen erspart, sagte Bartol. Denn die Mietpreisbremse im SPD-Programm vom 14. April, die bereits Ende Februar in Anträgen in den Bundestag eingebracht wurde, sieht folgende Regelung vor: Die Miete bei der Wiedervermietung einer Wohnung darf die ortsübliche Vergleichsmiete nicht um mehr als zehn Prozent übersteigen. Dies soll im gesamten Bundesgebiet und auch für die so genannte Staffelmiete gelten. Ausgenommen davon sind Erstvermietungen im Wohnungsneubau. Denn unser Land braucht neben öffentlichem, sozialem und genossenschaftlichem Wohnungsbau auch private Investitionen in neue Wohnungen, bekräftigte Bartol.

**CDU-Mietpreisbremse ist Rohrkrepierer – soziale Mietenpolitik gibt es nur mit der SPD**

Mittlerweile spricht auch die CDU von einer Begrenzung von Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen, sie hat gemerkt, dass sonst private Investoren verschreckt werden. Und die Rede ist nur noch von einer Mietpreisbremse auf Länderebene. Die CDU will es den Ländern überlassen, Gebiete in Städten und Gemeinden zu definieren, in denen die Mietpreisbremse gelten soll. Und bei dieser Lösung ist der Streit schon vorprogrammiert: Kommune will bremsen, Land nicht oder umgekehrt, Vermieter klagen gegen die Mietpreisbremse im jeweiligen Gebiet. Kurz und gut: Die Anwendung dieser Pseudomietpreisbremse wird so kompliziert, dass sie kaum zum Tragen kommen wird. „Das ist ein Rohrkrepieler. Die Kanzlerin stiehlt sich aus der Verantwortung“, stellte Sören Bartol fest. Eine wirkliche Mietpreisbremse müsse bundesweit gelten. Eine soziale Mietenpolitik gibt es eben nur mit der SPD.

## Verkehr

### Die CSU und ihre Lüge von der PKW-Maut

So geht Populismus: Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Seehofer fordert die Einführung einer PKW-Maut nur für Ausländer. Dazu fand am 13. Juni im Bundestag eine Aktuelle Stunde auf Verlangen der SPD-Fraktion statt. Sie wollte wissen, welche Haltung die Bundesregierung zu diesen Plänen hat.

Doch die Kanzlerin war nicht im Plenum – sie lehnt die PKW-Maut ab. Abgeordnete der CDU waren nicht im Saal und redeten nicht – auch sie lehnen die PKW-Maut ab. Von der Union redeten nur Abgeordnete der CSU und für die Bundesregierung Dr. Scheuer (CSU) Staatssekretär im Verkehrsministerium – sie wollen die PKW-Maut, nur für Ausländer versteht sich.

#### Die Wahrheit hinter der PKW-Maut-Lüge

Es sei eine dreiste Lüge, eine PKW-Maut nur für ausländische Fahrzeuge auf deutschen Straßen einführen zu wollen, empörte sich SPD-Fraktionsvize **Florian Pronold**. Leidtragende einer PKW-Maut seien nur die Menschen, die in Deutschland leben und auf ihr Auto angewiesen seien – die Pendlerinnen und Pendler. Denn eine solche Maut nur für ausländische Fahrzeuge kann es gar nicht geben. Das hat die Bundesregierung selbst auf Anfrage der SPD bestätigt. Denn eine Einschränkung der PKW-Maut auf ausländische Fahrzeuge verstößt europarechtlich gegen das Diskriminierungsverbot. Auch ein von CSU-Bundestagsabgeordneten angefordertes Gutachten vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages kam zum selben Ergebnis. Warum lügt dann die CSU?

#### Die PKW-Maut soll von Ramsauers Versagen ablenken

„Es hört sich natürlich gut an, eine PKW-Maut nur für Ausländer zu fordern“, sagte Pronold. Doch was wäre, wenn sie käme: Nur fünf Prozent der PKW auf deutschen Straßen sind ausländische Wagen. Die Einnahmen daraus würden gerade mal die Verwaltungsgebühren für das Mautsystem decken, erläuterte der SPD-Fraktionsvize. Das zeigten Vergleiche mit Österreich. Und die deutschen Autofahrerinnen und Autofahrer würden geschöpft, weil eine PKW-Maut nur für Ausländerinnen und Ausländer ja rechtlich nicht machbar ist. Es heiße immer, die Einnahmen aus der Maut kämen dem Straßenbau zugute. „Mit dieser Forderung lenkt Verkehrsminister Ramsauer von seinem eigenen Versagen ab“, stellte Pronold fest. Denn die 1,5 Milliarden Euro, die an zusätzlichen Steuern in den Verkehrsetat gegangen sind, seien nicht für Investitionen in die Straßen genutzt worden. Warum sollte es dann mit den Einnahmen aus einer PKW-Maut anders laufen?

#### Verursacher zur Kasse bitten – LKW-Maut ausweiten

Dabei seien Reparaturen unserer Infrastruktur bitter nötig: „Es gibt marode Brücken – dagegen hat Schwarz-Gelb nichts gemacht“, sagte Pronold. 30 Prozent der LKW auf deutschen Straßen kommen aus dem Ausland. LKW sind auch die tatsächlichen Verursacher für den schlechten Zustand vieler Straßen. Denn sie schaden der Straße 60.000-mal mehr als jeder PKW. Doch die Bundesregierung sei nicht bereit, die LKW-Maut auch jenseits der Autobahn auszuweiten.

#### **PKW-Maut kostet Autofahrer bis zu 365 Euro im Jahr**

Uwe Beckmeyer, SPD-Mitglied im Verkehrsausschuss, äußerte seinen Unmut darüber, dass ein Staatssekretär als Mitglied der Regierung nicht deren Haltung vertrete. Und Verkehrsminister Ramsauer führe die Menschen hinter die Fichte, weil er so tue, als ob im europäischen Recht nur ein paar Fußnoten geändert werden müssten. Wenn dann alle Autofahrerinnen und Autofahrer die PKW-Maut zahlen müssten, dann sei eben wieder Europa schuld. „Genau diese Bauernschläue ist das tragende Element ihres ganzen Wahlkampfes“, sagte Beckmeyer. Mit dem Thema wolle Seehofer in Bayern nur von den Amigo-Affären ablenken. Dabei seien die Pläne zur Einführung einer PKW-Maut vor sechs Monaten längst in der Bild-Zeitung dokumentiert worden. Die PKW-Maut würde die deutschen Autofahrer mit 80 Euro bis 365 Euro pro Jahr belasten. Mit seiner Forderung wolle Seehofer nur die Hoheit über den Stammtischen gewinnen, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter, Mittelstandbeauftragte für das Handwerk der SPD-Fraktion. Die Debatte zeige welches Rechtsverständnis und welche Haltung zu Europa die CSU habe. Die PKW-Maut werde eine Enttäuschung für alle Handwerker und PKW-Fahrer, die viel unterwegs seien. Sie nämlich zahlten bereits 53 Milliarden Euro pro Jahr an Steuern.

#### **SPD lehnt PKW-Maut ab und legt Finanzierungsvorschläge vor**

Ja, es sei richtig, dass für die Erhaltung der Straßen mehr Geld nötig sei, stellte Martin Burkert, SPD-Mitglied im Verkehrsausschuss fest. Deshalb habe die SPD-Fraktion Vorschläge für eine nachhaltige und solide Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur vorgelegt. Eine PKW-Maut einzuführen lehne die SPD ab, vor allem aus sozialen Gründen: Denn Pendler dürften nicht benachteiligt werden. Und noch etwas: Die PKW-Maut in Österreich, Italien, Frankreich und Spanien, über die sich manch deutscher Autofahrer ärgert, zahlen dort auch die Inländer.

## **EUROPA**

### **Europäische Bankenunion schaffen**

Um die Finanzmärkte zu bändigen, muss eine starke europäische Bankenunion geschaffen werden. Staaten dürfen nicht mehr bei Bankenkrisen haften. In einem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, sich für einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus für europäische Banken einzusetzen.

Er soll der parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Wenn die Europäische Zentralbank Aufsichtsfunktionen erhält, müssen sie von der Geldpolitik getrennt sein. Ein einheitliches Restrukturierungs- und Abwicklungsregime für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen muss zumindest zwischen Euro-Staaten vereinbart werden.

Der Vorschlag des Europäischen Parlaments zur Richtlinie über Einlagensicherungssysteme soll im Europäischen Ministerrat angenommen werden. Eine europäische Abwicklungsbehörde und ein europäischer Bankfonds mit einem Volumen von 200 Milliarden Euro sollen geschaffen werden. Der ESM darf nicht dauerhaft zur Kapitalisierung von Banken genutzt werden. Ein europäischer Schuldentilgungsfonds ist einzurichten.

## OK zur Euro-Einführung in Lettland

Die Republik Lettland beabsichtigt die Einführung des Euro zum 1. Januar 2014. Deshalb hat der baltische Staat am 5. März 2013 den Antrag auf einen Bericht der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank gegenüber dem Europäischen Rat gestellt, der bewertet, inwieweit Lettland bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Beide haben in ihrem Bericht am 5. Juni 2013 festgestellt, dass Lettland die Konvergenzkriterien zur Aufnahme in den Euroraum erfüllt hat.

EU-Kommission und Europäische Zentralbank haben einen Beschlussvorschlag für den Rat der Europäischen Union vorgelegt. Am 20./21. Juni soll der Rat „Wirtschaft und Finanzen“ das politische Einvernehmen zum Eurobeitritt Lettlands herstellen. Beim Europäischen Rat am 27./28. Juni soll dazu die vorgesehene Aussprache des Rates zur Aufnahme Lettlands stattfinden. Voraussichtlich erfolgt zwischen 1. und 4. Juli die Anhörung des EU-Parlaments. Die formelle Entscheidung über den Beitritt soll der Rat „Wirtschaft und Finanzen“ am 9. Juli nach Anhörung des EU-Parlaments treffen.

### **Bundesregierung soll Lettlands Aufnahme in den Euroraum zustimmen**

Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen erklären in einem gemeinsamen Antrag (Drs. 17/13887) das Einvernehmen des Parlaments zur Zustimmung der Bundesregierung im Europäischen Rat, Lettland in die Eurozone zum 1. Januar 2014 aufzunehmen. Das erfolgt gemäß des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union. Danach soll die Bundesregierung vor ihrer Zustimmung zum Beitritt eines EU-Mitgliedstaates zur Währungsunion das Einvernehmen mit dem Bundestag herstellen.

Lettland ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Europäische Währungsunion trotz ihrer schweren Krise nichts an Anziehungskraft eingebüßt hat.

## RECHTSPOLITIK

### **SPD für begrenzte Videoübertragung von Gerichtsverfahren**

Es gibt Gerichtsverfahren, die von besonderem politischen oder gesellschaftlichen Interesse sind. Das jüngste und wohl zurzeit bekannteste Beispiel ist der sogenannte NSU-Prozess. Die Zahl derer, die an der Verhandlung teilnehmen wollen, ist groß – zu groß. Das Oberlandesgericht München hatte nicht genügend Raumkapazitäten und musste die Plätze via Losverfahren vergeben. Einige deutschlandweite Medienvertreter gingen dabei leer aus.

In dem Gerichtsverfassungsgesetz, kurz GVG, wird Personen, die an einem Verfahren nicht beteiligt sind, erlaubt, an der mündlichen Verhandlung teilzunehmen. Mit dieser Regelung wollte der Gesetzgeber die Kontrolle des Prozessgeschehens durch die Allgemeinheit gewährleisten. Das GVG verbietet jedoch Ton- und Filmaufnahmen zum Zwecke der öffentlichen Vorführung. Diese Einschränkung ist sinnvoll, da Prozesse nicht grundsätzlich zu Medienereignissen werden sollen. Die Gefahr besteht, dass sonst das Verhalten der Prozessbeteiligten beeinflusst, die Wahrheitsfindung erschwert und damit das Recht auf ein faires Verfahren verletzt wird.

Mit dem Antrag der SPD-Fraktion „Videoübertragung von Gerichtsverhandlungen ermöglichen“, der in dieser Woche in den Bundestag eingebracht wurde, sollen diese Vorbehalte nicht

entkräftet werden. Die Forderung nach einer Videoübertragung bezieht sich darauf, den Gerichtssaal virtuell um einen Raum zu erweitern. Mit Hilfe technischer Übertragungsmöglichkeiten wird somit die Tür des Gerichtssaals geöffnet, damit Personen in einem weiteren Saal an dem Prozess teilnehmen können.

#### **Weiterhin keine Fernseh- und Rundfunkübertragung**

Das GVG trifft jedoch keine Aussage über die Zulässigkeit einer Videoübertragung. Das wurde besonders im Zusammenhang mit dem Streit um die Platzvergabe im NSU-Prozess in Frage gestellt. „Wir brauchen eine gesetzliche Klarstellung, dass die Videoübertragung in einen anderen Raum zulässig sein darf, um Öffentlichkeit herzustellen“, fordert auch die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Christine Lambrecht. Das sei der beste Ausweg aus dem Dilemma. Sie erklärt weiter: „Das Gerichtsverfassungsgesetz müsste so geändert werden, dass die Übertragung für Prozessbeobachter zulässig ist, aber weiterhin keine Fernseh- und Rundfunkübertragung möglich sein darf.“ Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Das Gesetz sollte in allen Gerichtsbarkeiten Videoübertragungen von öffentlichen Gerichtsverhandlungen in einen weiteren Raum ermöglichen und sich nicht nur auf besondere Strafprozesse beschränken. Auch im Rahmen der Finanzkrise waren die Schadenersatzklagen von Kleinanlegern gegen Banken wegen Verletzung der Beratungspflichten von hohem medialen Interesse.

### **INNERES**

## **Europawahlrecht reformieren**

Das Bundesverfassungsgericht hat die Fünf-Prozent-Klausel bei der Europawahl für unvereinbar mit dem Gleichheitsgrundsatz und der Rolle der Parteien im Grundgesetz erklärt. Damit gibt es bei Europawahlen in Deutschland keine Sperrklausel mehr. Im Hinblick auf den Funktionswandel des Europäischen Parlaments seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist eine Änderung geboten. Ein gemeinsamer Gesetzentwurf mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sieht vor, dass in Deutschland 96 Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt werden. Eine Drei-Prozent-Klausel wird eingeführt. Außerdem werden Rechtsschutz und Fristen für die Europawahl an die für Bundestagswahlen geltenden Regelungen angepasst. Zudem wird der Informationsaustausch unter den EU-Mitgliedstaaten neu geregelt.

## **Lehrkräfte in Integrationskursen unterstützen**

Lehrkräfte in Integrationskursen werden von Bildungsträgern beschäftigt, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Pauschale für jede Teilnehmerstunde erhalten. Ihre Vergütung und soziale Absicherung ist vielerorts nicht angemessen. In einem Antrag fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, sicher zu stellen, dass Lehrkräfte in Integrationskursen angemessen vergütet werden.

Die Vergütungsgrenze darf nicht unterschritten werden. Sie soll auf 26 Euro erhöht werden. Dafür wird die Pauschale für die Träger schrittweise angehoben. Zudem sollen die Solo-Selbständigen unter den Lehrkräften in den Sozialversicherungen abgesichert werden. Schließlich ist die Quote der festangestellten Lehrkräfte zu erhöhen. Dazu soll die Bundesregierung ein Konzept vorlegen.

## Mehr Bürgerbeteiligung auf Bundesebene

In der Bevölkerung wächst der Wunsch nach stärkerer Beteiligung. Laut einer Umfrage wollen 81 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mehr direkte politische Mitsprache. In den Bundesländern und Kommunen, in der Europäischen Union und auf der nationalstaatlichen Ebene vieler umliegender Länder sind Elemente der direkten Demokratie verfassungsrechtlich verankert. Auf Bundesebene in Deutschland gibt es keine Volksabstimmungen außer denen zur Ablösung des Grundgesetzes und zur Neugliederung des Bundesgebietes.

Der SPD-Entwurf zur Ergänzung des Grundgesetzes (Drs. 17/13873), um unmittelbare Bürgerbeteiligung auf Bundesebene zu ermöglichen, ist am 14. Juni im Plenum debattiert worden. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer **Thomas Oppermann** sagte: „Die Zeit ist reif für eine Erweiterung der Demokratie“. Zu einem modernen Staat gehöre Teilhabe und Transparenz. „Viele Menschen fühlen sich von der Politik ausgeschlossen. Wir dürfen diese Menschen nicht verloren geben“, fügt Oppermann hinzu. Der Schweizer Volksentscheid, Managergehälter zu begrenzen, zeige die positive Wirkung von direkter Demokratie. „Da können wir von den Schweizern lernen“, so Oppermann. Auch in Deutschland seien viele Bürgerinnen und Bürger daran interessiert, zwischen den Wahlen einzelne Sachentscheidungen der Bundesregierung mitzugestalten oder zu korrigieren. Denn die Form des Engagements habe sich gewandelt, nun sei Engagement eher punktuell und themenbezogen. Die Möglichkeit eines Volksentscheides werde auch die politische Kultur verändern. „Man muss den Willen des Volkes stärker im Auge behalten und früher den Dialog suchen“, bekräftigte der Innenexperte. Die Regierung müsse stärker Überzeugungsarbeit leisten und sei gezwungen ihre Politik besser zu erklären. Der SPD-Abgeordnete konstatierte auch einen weiteren Effekt von direkter Demokratie: „Es geht nicht nur darum, die Mitbestimmung des Volkes zu stärken, sondern auch die Mitverantwortung.“ Schließlich forderte er die Union auf, ihre Blockade aufzugeben: „Überwinden Sie endlich ihre Angst.“ Auch **Dieter Wiefelspütz**, SPD-Mitglied im Innenausschuss des Bundestages, machte deutlich, dass die repräsentative Demokratie mit dem Antrag nicht in Frage gestellt werde. Aber: „Wir sollten gemeinsam dem Volk etwas zutrauen“. Der SPD-Abgeordnete erklärte: „Unsere Demokratie kann mit direkter Demokratie noch ein bisschen besser gemacht werden“.

### Volksinitiative möglich machen

Die vorgeschlagene Änderung des Grundgesetzes orientiert sich mit einem dreistufigen Verfahren aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid an der Mehrheit der jüngeren, direktdemokratischen Regelungen einiger Bundesländer. Im Detail sieht der Entwurf folgende Regelungen vor: 100.000 Abstimmungsberechtigte können den Bundestag auffordern, sich mit einer Gesetzesvorlage oder einem anderen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung zu befassen (Volksinitiative). Kommt innerhalb von einem halben Jahr kein Bundesgesetz oder Beschluss zustande, so kann ein Volksbegehren beantragt werden, das innerhalb von weiteren sechs Monaten mindestens eine Million Wahlberechtigte unterzeichnen müssen. Entspricht der Bundestag dem Volksbegehren innerhalb von sechs Monaten nicht, so findet ein Volksentscheid statt. Dabei entscheidet dann die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, mindestens müssen sich allerdings 25 Prozent der Abstimmungsberechtigten beteiligen. Ergänzend werden die Anregungen aus der Wissenschaft aufgegriffen, und außer diesen Instrumenten der aktiven Gestaltung, quasi dem „Gaspedal“, soll auch das volksbegehrte Referendum eingeführt werden. Diese „Bremse“ ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern, den Parlamentsgesetzgeber zu korrigieren. Eine Million Abstimmungsberechtigte haben somit das Recht, ein vom Bundestag bereits beschlossenes Gesetz, dem Volksentscheid zu unterwerfen. Auch der Bundestag kann mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschließen, die Bevölkerung über ein Bundesgesetz abstimmen zu lassen (Parlamentsreferendum).

### **Umsetzung der direkten Demokratie in einfaches Recht**

Parallel dazu hat die SPD-Fraktion eine weitere Vorlage (Drs. 17/13874) ins Parlament eingebracht. Der Entwurf eines Gesetzes über Abstimmungen des Bundesvolkes (Bundesabstimmungsgesetz) setzt die Grundgesetzänderung zur Einführung von direktdemokratischen Elementen auf Bundesebene in einfaches Recht um. Es regelt beispielsweise die Eintragungsverfahren und Fristen, die Gestaltung der Stimmzettel und die Abstimmungsprozesse, die Anhörungsrechte in Bundestag und Bundesrat, die Wahrung der Rechte und Interessen der Länder, den Rechtsschutz beim Bundesverfassungsgericht und den Datenschutz. Dabei richtet sich der Entwurf nach dem Vorbild der derzeit modernsten landesrechtlichen Regelung in der Freien und Hansestadt Hamburg, bezieht aber auch Erfahrungen der übrigen Bundesländer sowie ausländischer Rechtsordnungen ein.

## **RECHTSEXTREMISMUS**

### **Gemeinsam gegen Antisemitismus**

Antisemitismus ist ein Problem, das alle angeht. Nicht nur durch Beschlüsse des Staates und der Politik, sondern durch gemeinsame Anstrengungen von Staat, Zivilgesellschaft und der Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger kann dieses Problem nachhaltig angegangen und gelöst werden.

In Deutschland gibt es nach wie vor antisemitische Einstellungen. Dieser Umstand ist nicht akzeptierbar und muss weiterhin bekämpft werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, der Vertreibung und millionenfachen Ermordung der europäischen Juden muss diese gemeinsame Aufgabe und Verantwortung entschlossen angenommen werden.

Die SPD-Fraktion hat in dieser Woche den gemeinsamen Antrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern“ (Drs. 17/13885) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Zusammen mit den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP fordert die SPD die Bundesregierung auf, hartnäckig und ausdauernd gegen diese Feindlichkeit vorzugehen.

Zu Beginn der Legislaturperiode soll in Abstimmung mit allen Fraktionen des Bundestages ein unabhängiger Sachverständigenrat aus Wissenschaft und Praxis bestellt werden. Die Sachverständigen sollen einen Bericht erstellen, in dem sie konkrete Vorschläge für weitere Maßnahmen der Bekämpfung des Antisemitismus machen. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf Maßnahmen liegen, die auf Bundesebene umgesetzt werden können.

#### **Antisemitismus gemeinsam mit Ländern und Kommunen bekämpfen**

Ein unabhängiger Expertenkreis aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft hatte im Herbst 2011 seinen Bericht abgeschlossen. Er konstatierte einen erschreckend hohen Anteil von 20 Prozent offenem und latentem Antisemitismus in Deutschland, der auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden ist. Diese Ergebnisse machen es erforderlich, dass regelmäßig und umfassend zu diesem Thema geforscht und berichtet wird. Außerdem sollen bestehende und künftige Programme und Maßnahmen verstärkt so ausgerichtet werden, dass sie Antisemitismus in allen neuen Erscheinungsformen möglichst in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen bekämpfen.

Unter Achtung der Länderhoheit soll die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus gefördert und in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz und den Ländern verbessert werden. Das Ziel: an Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen über Antisemitismus aufzuklären und die Lehrpläne in Schulen zum Thema jüdisches Leben heute

und deutsch-jüdischer bzw. europäisch-jüdischer Geschichte und Ethik zu erweitern. Moderne pädagogische Ansätze einer Holocaust-Bildung sollen in einem Leitfaden zusammengefasst werden, um Klarheit in das umfangreiche Angebot an Ansätzen zu bekommen. Schließlich sollen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie Nachrichtendienste auch weiterhin im Zusammenwirken mit den Ländern effektiv für das Thema Antisemitismus sensibilisiert werden.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen beweisen bereits großes Engagement in der Bekämpfung des Antisemitismus und setzen sich in vielfältiger Weise für die Stärkung demokratischer Grundwerte ein. Dennoch muss noch mehr getan werden: Antisemitismus äußert sich in sämtlichen gesellschaftlichen Schichten und politischen Lagern und findet neue Ausdruckformen u. a. im Antizionismus und verschiedenen antijüdischen und anti-israelischen Haltungen, die sich auch über das Internet verbreiten.

## VERBRAUCHERSCHUTZ

### Verbraucherschutz im Web 2.0

Wir buchen unsere Reisen online, machen Online-Banking, kaufen in Online-Shops ein, steigern auf Auktionsplattformen mit und sind in den sozialen Netzwerken unterwegs. Überall hinterlassen wir unsere Daten, mit denen andere wiederum Geschäfte machen. Die Digitalisierung bringt vielfältige Veränderungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher mit sich. Das muss sich auch in der verbraucherpolitischen Diskussion wiederfinden.

Die Digitalisierung unserer Welt bietet viele Chancen: Gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und wirtschaftliches Innovationspotenzial. Für Verbraucherinnen und Verbraucher birgt sie aber auch Risiken z. B. für ihre Persönlichkeitsrechte, den Schutz ihrer Daten und durch Abmahnabzockerei. Die schwarz-gelbe Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass Verbraucherinnen und Verbraucher lediglich ausreichend viele Informationen erhalten müssen, um dann als „mündige“ Verbraucher agieren und den Markt selbst durch ihr Handeln beeinflussen zu können. Deshalb verfolgen Union und FDP auch keine verbraucherpolitischen Gesamtkonzepte – weder für die analoge noch für die digitale Welt.

#### Digitale Welt verbraucherfreundlich gestalten

Die SPD-Fraktion will mit ihrem Positionspapier „Die digitale Welt verbraucherfreundlich gestalten“ und dem gleichnamigen Antrag (Drs. 17/13886) Leitplanken einziehen. Dazu gehören die Verbraucherinformation, allgemeine Netzpolitik, Datenschutz und Finanzdienstleistungen im Internet.

Die Qualität von Verbraucherinformationen muss stimmen. Anstatt Verbraucherinnen und Verbraucher einer Flut von Informationen auszusetzen, geht es darum, die wesentlichen und notwendigen Informationen in verständlicher Form bereitzustellen. Aber auch die erforderlichen rechtsverbindlichen Einwilligungserklärungen müssen dem Medium angemessen und eindeutig gestaltet sein.

#### Schnelles Internet und Netzneutralität

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern ein Recht auf schnelle Internet-Verbindungen für alle ein, was durch eine Universaldienstverpflichtung gesetzlich abgesichert werden soll. Ebenso ist die so genannte Netzneutralität gesetzlich zu verankern. Danach sollen alle Daten unabhängig von kommerziellen Interessen bei Transport und Zugang gleichbehandelt werden.

#### Datenschutz ist Verbraucherschutz

Damit die Persönlichkeitsrechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gewahrt bleiben, will die SPD-Fraktion hohe Datenschutzstandards durchsetzen. Dazu gehört eine starke Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO).

Dabei soll das so genannte Marktortprinzip gelten. Das besagt, dass die Regeln des europäischen Datenschutzrechts für die Verarbeitung von Daten europäischer Verbraucherinnen und Verbrauchern angewendet werden. Am Verbot mit Erlaubnisvorbehalt und am Einwilligungsvorbehalt ist festzuhalten. Dafür gilt es, Wege zu finden, die Einwilligung in der digitalen Welt für datenverarbeitende Stellen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher praktikabler zu machen. Datenschutz durch Technik und damit die Möglichkeiten der Anonymisierung und Pseudonymisierung soll durch die DS-GVO gefördert werden. Ziel ist, das Erheben von personenbezogenen Daten soweit möglich von vornherein zu vermeiden bzw. zu begrenzen.

#### **Daten sammeln nicht ohne Einverständnis**

Zielvorgaben des Datenschutzes wie Datensparsamkeit, Datenvermeidung und die Zweckbindung jeglichen Umgangs mit Daten sollen durch die DS-GVO stärker zur Geltung kommen. Dabei sollen die Grundsätze „Privacy by default“ (Angebote werden datensparsam konzipiert und eingerichtet) und „Privacy by Design“ (Daten werden nur nach ausdrücklicher Zustimmung der Verbraucherinnen und Verbraucher gesammelt) präventiv beim Datenschutz unterstützen. Zur Profilbildung sind Regeln zu etablieren, nach denen bereits bei der Erhebung der Daten und nicht erst bei deren Verarbeitung angesetzt wird. Sie sollen die Souveränität der Betroffenen über ihre Daten bekräftigen. Darüber hinaus sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher ein Recht auf Datenportabilität haben. Das heißt, sie sollen die von ihnen erhobenen Daten z. B. beim Wechsel eines Internetdienstleisters uneingeschränkt mitnehmen können. Dazu müssen einheitliche Standards definiert und geregelt werden. Die DS-GVO soll zudem den rechtlichen Rahmen geben, damit gut ausgestattete und starke Aufsichtsbehörden eine konsistente Anwendung des Datenschutzrechts in ganz Europa durchsetzen können. Durch hohe Strafen und Bußgelder sollen finanzielle Anreize gegeben werden, wirksame Datenschutz- und Datensicherheitsstandards in Unternehmen zu implementieren.

#### **Standardisierte Verfahren bei Online-Bezahldiensten**

Die SPD-Fraktion fordert, die seit Mai 2011 überfällige Umsetzung der E-Privacy-Richtlinie, nach der Cookies in der Regel nur gesetzt werden dürfen, wenn die Internetnutzerinnen und -nutzer ihre Einwilligung dazu gegeben haben (Einwilligungsvorbehalt). Des Weiteren sollen standardisierte Verfahren für Online-Bezahlmodelle gelten, so dass Verbraucherinnen und Verbraucher den Zahlungsdienstleister frei wählen können und so dauerhaft ein funktionierender Preis- und Leistungswettbewerb ermöglicht wird.

Ein „Marktwächter digitale Welt“ soll eingeführt werden. Er soll die Marktstrukturen beobachten, Beschwerden von Verbraucherinnen und Verbrauchern sammeln und systematisch auswerten, Missstände an die zuständigen Aufsichtsbehörden melden und im Zweifel die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher durchsetzen. Darüber hinaus soll der Marktwächter in der Verbraucherbildung aktiv sein. Er soll bei den Verbraucherschutzzentralen und ihrem Bundesverband angesiedelt werden.

#### **Abmahnboocke bremsen – Privatkopien zulassen**

Außerdem wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Möglichkeit von Privatkopien in der digitalen Welt erhalten. Massenhafte Abmahnungen von Urheberrechtsverletzungen durch Private sollen eingedämmt werden. Dazu wird eine Streitwertobergrenze mit klar gefasstem Anwendungsbereich eingeführt. Insbesondere sind Ausnahmetatbestände mit unbestimmten Rechtsbegriffen abzulehnen.

**MEDIEN****Internetzugang für alle verbessern**

Das Ziel ist klar: Alle Bevölkerungsgruppen müssen an der Informationsgesellschaft teilhaben können und so die Möglichkeit bekommen, gleichberechtigt im Internet aktiv zu werden und Zugang zu allen Inhalten zu haben. Es muss eine leistungsfähige Netzinfrastruktur für alle sichergestellt werden und Innovationen geben, die den persönlichen und ökonomischen Nutzen steigern. Ein fairer Wettbewerb ist Voraussetzung für eine dynamische Entwicklung des Internets.

Das Internet muss als freies und offenes Medium bewahrt und gestärkt werden. Jeglicher Form der Diskriminierung im Netz ist entschieden entgegenzutreten. Die SPD-Fraktion setzt sich mit dem Antrag „Netzneutralität und Diskriminierungsfreiheit gesetzlich regeln“ (Drs. 17/13892) im Interesse der Meinungsvielfalt für ein offenes Internet ohne Zensur der Inhalte ein. Konkret fokussiert der Antrag drei Punkte:

Erstens müssen Netzneutralität und Diskriminierungsfreiheit gesetzlich geregelt werden. Der Begriff Netzneutralität bedeutet eine gleichberechtigte, wertneutrale Übertragung aller Datenpakete unabhängig davon, woher diese stammen, zu welchem Ziel sie transportiert werden oder welchen Inhalt sie haben.

Zweitens müssen die zugesicherten Mindestqualitäten bei Breitbandverträgen gewährleistet werden. Eine von der Bundesnetzagentur kürzlich vorgelegte Studie hat gezeigt, dass Breitbandverträge für Verbraucher oft mit „bis zu“-Angaben über möglichst hohe Übertragungsgeschwindigkeiten beworben werden. In der Realität werden diese deutlich unterschritten. Um die Interessen der Verbraucher zu wahren und Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, sollten Anbieter zu transparenten Informationen über die Qualität verpflichtet werden.

Und schließlich muss ein schnelles Internet für alle flächendeckend verwirklicht werden. Im Hinblick auf die Breitbandversorgung bietet Deutschland ein geteiltes Bild: Einerseits sorgt der Infrastrukturwettbewerb in Großstädten oft für eine Versorgung mit relativ hohen Bandbreiten, andererseits gibt es noch immer zu viele "weiße Flecken", wo es keinen leistungsfähigen Internetzugang gibt. Es darf nicht sein, dass viele Menschen in ländlichen Regionen von der Teilhabe am technologischen Fortschritt abgehängt werden. Schnelles Internet für alle muss höchste Priorität haben – nicht zuletzt um eine digitale Spaltung unserer Gesellschaft zu vermeiden bzw. zu überwinden.

**Schwarz-Gelb ist netzpolitisch untätig**

Die Bundesregierung wird mit dem Antrag aufgefordert, das Telekommunikationsgesetz zu überarbeiten. Die Netzneutralität ist zu sichern. Inhalte, Dienste oder Dienstanbieter dürfen nicht ohne sachlichen Grund verlangsamt, benachteiligt oder blockiert werden. Es gebe bereits heute zahlreiche Verletzungen der Netzneutralität, so der SPD-Abgeordnete Lars Klingbeil. „Jetzt rächt sich, dass die schwarz-gelbe Koalition bei der Sicherung der Netzneutralität allein auf den Markt setzen wollte“, bekräftigt der netzpolitische Sprecher. Die Regierung solle ihre netzpolitische Untätigkeit endlich aufgeben und die Netzneutralität gesetzlich festschreiben.

Der Antrag sieht weiterhin vor, dass bei Breitbandverträgen Mindestqualitätsstandards gelten müssen, die von der Bundesnetzagentur festgelegt werden sollen. Die Bundesnetzagentur hat dem Bundestag jährlich über den Stand der Netzneutralität zu berichten. Auch auf europäischer und internationaler Ebene soll auf Netzneutralität hingewirkt werden. Schließlich muss eine leistungsfähige Breitbandstruktur flächendeckend aufgebaut werden.

Hier ist das netzpolitische Blog der SPD-Bundestagsfraktion zu finden:  
<http://blogs.spdfraktion.de/netzpolitik/>

## AUSSENPOLITIK

### KFOR sichert Frieden und Stabilität

Seit 1999 sichert die multinationale Truppe KFOR den Frieden in der Republik Kosovo. Sie wurde nach dem Kosovokrieg unter der Führung der NATO eingesetzt, um ein sicheres Umfeld für die Menschen im Kosovo aufzubauen und zu erhalten. Von Beginn an beteiligte sich auch Deutschland mit der Entsendung von Soldatinnen und Soldaten an der Mission. Nun wurde im Bundestag eine weitere Verlängerung des Mandats beschlossen. Auch die SPD-Fraktion stimmte für die Fortsetzung, ruft aber die Bundesregierung auf, sich für EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien einzusetzen, um auch auf diese Art zur Friedenssicherung beizutragen.

Die Europäische Kommission hatte bereits empfohlen EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien zu eröffnen und Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen der EU mit Kosovo zu starten. Ende Juni 2013 kommt der Europäische Rat zusammen, um darüber zu entscheiden. Die deutsche Bundesregierung lehnt eine Aufnahme der Verhandlungen zu diesem Zeitpunkt jedoch bisher ab. SPD-Fraktionsvize Gernot Erler kritisiert das Verhalten der Regierungskoalition: „Die Tür zu Verhandlungen wird aus wahltaktischen Gründen zugemacht“. Dabei wäre gerade jetzt die Aufnahme der Verhandlungen ein positives Signal für die Region und würde die Normalisierungen zwischen Serbien und Kosovo verstetigen und die Region stabilisieren.

Beide Partner haben die ersten Schritte getan, um das Verhältnis langfristig zu verbessern. Damit steigen zudem die Chancen, dass mittelfristig auf die Entsendung von Soldatinnen und Soldaten in den Kosovo verzichtet werden kann. Noch sind jedoch Rückschläge nicht auszuschließen. Vor allem im Norden des Kosovo besteht noch Konfliktpotenzial zwischen Kosovaren und der serbischen Minderheit. Eine Verlängerung des KFOR-Einsatzes um ein weiteres Jahr bleibt daher sinnvoll und wird von der SPD-Fraktion im Bundestag unterstützt. Damit wird die Bundeswehr weiterhin Personal in die Region entsenden. Maximal sollen es aber nur 1850 Soldatinnen und Soldaten sein. Der Einsatz dürfe aber keine Dauerlösung sein, sagte Susanne Kastner, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses. In ihrer letzten Rede nach 24 Jahren als Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag bedankte sie sich bei den insgesamt 100.000 Soldatinnen und Soldaten, die sich in den vergangenen 14 Jahren für Frieden und Sicherheit im Kosovo eingesetzt haben.

### UNIFIL-Mandat im Libanon fortsetzen

Die Bundesregierung will die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) um ein Jahr verlängern. Die Sicherheitslage in der Region hat sich verschärft. Der Konflikt in Syrien droht in den Libanon überzuschwappen. UNIFIL leistet einen wichtigen Beitrag zur Konfliktsdeeskalation. Das deutsche UNIFIL-Mandat umfasst weiterhin die Sicherung der seeseitigen Grenzen und die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von maritimen Fähigkeiten zur Kontrolle der Küstengewässer. Die personelle Obergrenze des Mandats bleibt bei 300 Soldatinnen und Soldaten. Deutschland hat ein unvermindert starkes Interesse an einem dauerhaftem Frieden im Nahen Osten. Daher steht die SPD der Verlängerung des Mandats um weitere zwölf Monate positiv gegenüber.

## MINUSMA-Mission in Mali unterstützen

Die Bundesregierung will bewaffnete deutsche Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmision der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) beteiligen. MINUSMA soll die Befugnisse der afrikanisch geführten Mission AFISMA zum 1. Juli 2013 übernehmen. Deutschland würde seinen bisherigen Unterstützungsbeitrag für AFISMA in die neue Mission überführen. Dabei geht es um die Bereitstellung von Fähigkeiten des taktischen Lufttransports, die Entsendung von Einzelpersonal in die Führungsstäbe der Mission sowie die Bereitstellung von Luftbetankungsfähigkeiten der französischen Streitkräfte. Die Mandatsobergrenze soll bei 150 Soldatinnen und Soldaten liegen. Die SPD-Fraktion hat bereits im März dieses Jahres das AFISMA-Mandat mitgetragen und steht daher einer Überführung des deutschen Beitrags in eine UN-geführte Mission aufgeschlossen gegenüber.

### UMWELT, ENTWICKLUNGSPOLITIK UND MENSCHENRECHTE

## Klimaschutz duldet keinen Aufschub

Am 13. Juni hat der Bundestag eine klimapolitische Debatte zu einer Reihe von Anträgen der SPD und der Grünen geführt. Bezeichnend war, dass die Koalition zur Klimaschutzpolitik keine einzige Initiative beizusteuern hatte. Dies belegt, dass sich die Kanzlerin und die Koalitionsfraktionen vom Klimaschutz und seinen Zielen national und international verabschiedet haben.

### Für eine neue Entschlossenheit in der Klimapolitik

Es ist vielfach wissenschaftlich belegt worden, dass die Erderwärmung und der damit verbundene Klimawandel Extremwetterlagen begünstigt. Das trifft vor allem auf die Niederschläge zu. Anlässlich der verheerenden Flutkatastrophe in Deutschland an Elbe und Donau sagte SPD-Fraktionsvize **Ulrich Kelber**, dass die Auswirkungen der Überschwemmungen auch für ein wohlhabendes Industrieland wie Deutschland mit großen finanziellen Anstrengungen verbunden seien. Daran sei doch ersichtlich, was derartige Katastrophen für Länder in Afrika, in Teilen Asiens und Lateinamerika bedeuteten, fügte er hinzu. Sie vernichteten die Anstrengungen und Errungenschaften bei der Bekämpfung von Armut und Hunger der letzten Jahre. „Klimaschutz braucht einen langen Atem und duldet keinen Aufschub, wie es jetzt gerade der Fall ist“, stellte Kelber fest. Deutschland, Europa und die Welt brauchten eine neue Entschlossenheit in der Klimapolitik. Deshalb fordere die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Grünen ein Klimaschutzgesetz (17/13758) mit klaren Zwischenzielen zur Reduktion des Treibhausgasausstoßes und deren Unterlegung mit konkreten Maßnahmen. Dafür hatte sich die SPD-Fraktion bereits 2010 mit einem Antrag (Drs. 17/3172) eingesetzt.

### Schwarz-Gelb bremst den Klimaschutz

Das deutsche Klimaschutzziel der Bundesregierung, die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 bis 2020 zu senken, ist mit den bisherigen Maßnahmen von Schwarz-Gelb nicht zu erreichen. 2012 ist der Kohlendioxidausstoß in Deutschland sogar wieder gestiegen. „Das sollte alle Alarmglocken klingen lassen“, sagte Kelber. Die Bundesregierung solle sich deshalb endlich „ohne Wenn und Aber und ohne Hintertür“ zu dem 40-Prozent-Ziel bekennen. Sie solle dieses Ziel endlich bei der EU anmelden und erreichen, dass die EU insgesamt ihre Emissionen um 30 Prozent gegenüber 1990 reduziert und zwar vor der Klimakonferenz in Polen, forderte Kelber. Deutschland habe längst in der EU keine Vorreiterrolle mehr im Klimaschutz: Die Energie-Effizienzrichtlinie werde gebremst. Es erfolge keine Meldung nach Brüssel zum Klimaschutzziel. Es werde versucht, den erneuerbaren

Energien den Schwarzen Peter für Preissteigerungen zu schieben, um vom eigenen Missmanagement abzulenken. Und ein Neustart des europäischen Handels mit Verschmutzungszertifikaten werde verhindert. Doch den fordere die Kanzlerin jetzt plötzlich, nachdem sie zugeschaut habe, als ihre Parteifreunde in Brüssel gegen das Backloading des Emissionshandels gestimmt haben, fasste Kelber zusammen.

### **Klimaschutz ist günstiger als die Reparaturkosten**

Deutschland hatte in Europa und weltweit eine Vorbildfunktion. Hier zeigte sich, dass Maßnahmen gegen den Klimaschutz wegen ihrer Innovationskraft gut für die Wirtschaft sind und unabhängig von teuren Ressourcen machen. Und es ist auch gut für die Bürgerinnen und Bürger, wenn sie weniger Energie verbrauchen. Investitionen in den Klimaschutz sind allemal günstiger als die Reparaturkosten für die Auswirkungen des Klimawandels. Das habe die Bundesregierung wohl vergessen, sagte Kelber. Für Merkel sei Klimaschutz nur ein Modethema gewesen. Ihr Wirtschaftsminister Rösler (FDP) habe den erneuerbaren Energien den Kampf angesagt. Und der Umweltminister Altmayer (CDU) setze sich in Brüssel dafür ein, dass Autos auch nach 2020 viel Benzin verbrauchen und viele Treibhausgase ausstoßen dürften. Deshalb sei es Zeit für einen Neustart in der Klimaschutzpolitik, stellte Kelber fest.

### **Internationales Vertrauen verspielt**

**Bärbel Kofler**, stellv. entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, warf der Bundesregierung vor, durch ihr Nichthandeln in der Klimaschutzpolitik Vertrauen auf internationaler Ebene und vor allem bei den Schwellen- und Entwicklungsländern zu verspielen. 1,3 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern haben keinen Zugang zu Energie. 2,7 Milliarden Menschen kochen auf Kochgelegenheiten, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden und schaden damit der Umwelt und ihrer eigenen Gesundheit. Doch die Bundesregierung habe den Entwicklungsländern nichts an Unterstützung anzubieten, damit sie Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen und sie effizienter einsetzen könnten. Schließlich gehe es darum, die Grenzen des Planeten anzuerkennen. Anstatt dessen unterstütze sie dort mit Hermes-Bürgschaften den Bau neuer Atomkraftwerke. Deshalb habe die SPD-Fraktion einen Antrag (Drs. 17/13884) in den Bundestag eingebracht, der darauf abziele, gemeinsam mit Schwellen- und Entwicklungsländern eine Strategie zu entwickeln, um aus der fossilen Energie auszusteigen. In Bangladesh zeige sich das Ausmaß des Klimawandels seit 30 Jahren durch 200 Extremwetterereignisse mit 180.000 Toten. Doch es gebe keine Angebote der Bundesregierung an Bangladesh, obwohl die dortige Regierung eigene Anstrengungen für den Klimaschutz und Anpassungen an den Klimawandel unternehme. Auch dazu habe die SPD gemeinsam mit den Grünen einen Antrag (Drs. 17/12848) vorgelegt, sagte Kofler.

### **Klimaschutz und Menschenrechte verknüpfen**

**Angelika Graf**, stellv. menschenrechtspolitische Sprecherin, forderte ein, dass die internationale Klimaschutzpolitik mit der Menschenrechtspolitik verknüpft werden müsste. Denn es seien die Menschen, die unter dem Klimawandel zu leiden hätten. Sie würden aus ihrer Heimat vertrieben. Menschen hätten das Recht auf Nahrung, Wasser, Gesundheit und eine angemessene Unterkunft. Bisher seien die Rechte der Menschen in den internationalen Klimaverhandlungen vernachlässigt worden. Damit sich das ändert, sollten die internationalen Menschenrechte Standards für die Klimapolitik setzen. Dazu hat die SPD-Fraktion einen weiteren Antrag (17/13755) eingebracht.

### **Mehr für Klimaschutz in der Landwirtschaft tun**

**Gabriele Groneberg**, SPD-Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, machte deutlich, dass die Bundesregierung versäumt hat, den Klimaschutz in der Landwirtschaft voranzubringen. Dabei müsse dringend gegen den klimaschädlichen Stickstoffüberschuss durch Düngung vorgegangen werden, der auch bedrohlich für das Wasser sei. Eine neue Düngeverordnung, Kontrollen, aber auch Aufklärung und der Ausbau des ökologischen Landbaus könnten hier Abhilfe schaffen. All dies finde sich in Anträgen (Drs. 17/1575, 17/10115, 17/7186) der SPD-Fraktion wieder. Es sei gut, dass es der SPD gelungen ist, durch Änderungen im

Baugesetzbuch die klima- und gesundheitsschädliche Ausbreitung von Massentierhaltung einzudämmen.

Artikel zu den einzelnen Anträgen zum Klimaschutz gibt es unter:

<http://www.spdfraktion.de/themen/klimaschutz>

## FRAUEN

### Frauenhäuser im Kampf gegen Gewalt fördern

Gewalt gegen Frauen findet in unterschiedlichen Formen täglich statt. Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag im Kampf gegen Gewalt an Frauen und Kindern. Der Bestand dieser Schutzeinrichtungen muss gewährleistet werden, denn Frauenhäuser sind nach wie vor die zentrale Anlaufstelle für Frauen und ihre Kinder, die von Gewalt bedroht sind.

Bislang ist die Finanzierung der Frauenhäuser in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich geregelt; häufig ist sie auch nicht mehr gesichert. Deshalb fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag, ausreichend Frauenhäuser zur Verfügung zu stellen und deren Finanzierung zu sichern (Drs. 17/1409). Die Bundesregierung soll dem Parlament mitteilen, ob eine bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenhäusern möglich ist. Es sollen Leitlinien zur Finanzierung von Frauenhäusern erarbeitet werden. Das Zweite und Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch sowie das Asylbewerberleistungsgesetz sollen an die Belange der von Gewalt betroffenen Frauen angepasst werden. Vor allem müssen diesbezüglich Lösungen bei Frauen in Schul- und Ausbildung, Studium und mit Migrationshintergrund gefunden werden. Zudem ist der Aktionsplan II zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen weiterzuentwickeln. Vor allem sollen Frauenhäuser Frauen aus anderen Städten und Gemeinden oder Regionen nicht zurückweisen.

## PETITIONEN

### Petitionsausschuss: Ganz Ohr für Bürgerinnen und Bürger

Im Jahr 2012 gab es einen leichten Anstieg bei den Petitionen. 15.724 Petitionen haben die Bürgerinnen und Bürger beim Petitionsausschuss eingereicht. Bei 251 Werktagen ergeben sich daraus 63 Zuschriften pro Tag.

Allein 6.748 Eingaben gingen digital über das Web-Formular des Petitionsportals [epetitionen.bundestag.de](http://epetitionen.bundestag.de) ein. Mit 43 Prozent erreichte der Anteil der digital eingereichten Petitionen einen neuen Spitzenwert und schrieb den Trend fort. Mittlerweile haben sich mehr als 1,4 Millionen Nutzerinnen und Nutzer auf der Internetseite des Petitionsausschusses registriert. Das sind 85.225 mehr als 2011. Damit ist [epetitionen.bundestag.de](http://epetitionen.bundestag.de) das erfolgreichste Internetangebot des Deutschen Bundestages. Die Möglichkeit, Petitionen online zu veröffentlichen und zu unterstützen, erlaubt es den Bürgerinnen und Bürgern, sich gemeinsam für ein Anliegen stark zu machen. Mehr als 32 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer kommen aktuell über die sozialen Netzwerke, mit deren Hilfe die Petentinnen und Petenten ihre Online-Petition bekannt machen. Zu den 526 im Internet veröffentlichten Petitionen kamen 2012 50.000 digitale Mitzeichnungen.

**Zuständig für persönliche Bitten und Beschwerden**

Der Petitionsausschuss behandelt neben Vorschlägen zu politischen Veränderungen in Deutschland auch persönliche Anliegen einzelner Bürgerinnen und Bürger, die sich mit Einzelpetitionen an den Ausschuss wenden. Beispiele dafür sind die falsch berechnete Rente, ein nicht finanzierter Rollstuhl oder ein abgelehntes Besuchervisum. Persönliche Bitten und Beschwerden machten auch 2012 wieder den Großteil der Arbeit des Petitionsausschusses aus. Es konnte nicht immer den Wünschen der Petentinnen und Petenten entsprochen werden. Der Petitionsausschuss versucht aber auch dadurch zu helfen, in dem er Bürgerinnen und Bürger mit den Entscheidungen von Behörden versöhnt, wenn diese nicht revidiert werden können. Im Jahr 2012 wurden mehr als ein Drittel der Vorgänge positiv erledigt. Dazu waren wieder intensive Gespräche der Berichterstatterinnen und Berichterstatter mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung notwendig.

### **Zwölf Einzelberatungen in vier öffentlichen Sitzungen**

Abschließend hat der Petitionsausschuss 15.235 Eingaben behandelt inklusive der Überhänge aus dem Vorjahr. 765 Einzelberatungen zu Petitionen wurden vom Ausschuss in 23 Sitzungen aufgerufen. Zwölf dieser Einzelberatungen fanden im Rahmen öffentlicher Sitzungen des Petitionsausschusses statt, in denen Petentin oder Petent ihr Anliegen persönlich den Abgeordneten vortragen können. Dabei handelt es sich vor allem um Themen, die innerhalb von vier Wochen nach Petitionseingang 50.000 und mehr Unterstützerinnen und Unterstützer gewonnen haben. Die Themen waren u. a.:

- die Vergütung medizinischer Leistungen
- die bedarfsgerechte Versorgung mit Hospizplätzen
- der Schutz von landwirtschaftlichen Nutzflächen
- das Urheberrecht – Aussetzen der Ratifizierung von ACTA
- die Verhinderung der Einführung eines Rentensystems für Selbständige
- das europaweite Verbot der Vorratsdatenspeicherung

21 Prozent der Zuschriften an den Petitionsausschuss fielen 2012 wie auch 2011 in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Es folgten die Bundesministerien für Justiz, der Finanzen, des Innern und für Gesundheit. In absoluten Zahlen auf die im Durchschnitt auf eine Million Einwohnerinnen und Einwohner entfallenden Eingaben stehen wieder Berlin und Brandenburg an der Spitze.

## **GEDENKEN**

# **Aus Erinnerung erwächst Verpflichtung**

### **Bundestag gedenkt dem Volksaufstand 1953 in der DDR**

Der Deutsche Bundestag hat in einer Gedenkveranstaltung dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR gedacht. Bei dem Aufstand wurden 55 Menschen getötet, unter ihnen auch die Opfer der fünf standesrechtlichen Erschießungen. Rund 15.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden verhaftet, viele von ihnen anschließend angeklagt. Bundespräsident Joachim Gauck erinnerte in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag an diesen Tag und rief zu Solidarität mit jenen auf, die sich heute für Freiheit engagieren.

Gauck, der als 13jähriger den Aufstand in der DDR selbst miterlebte und die Ereignisse heute als „elektrisierend“ beschreibt, sagte in seiner Rede: „Aus Erinnerung erwächst Verpflichtung und Solidarität“. Gerade für uns müsse heute gelten, dass wir jenen beistehen, die sich für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert betonte in seiner Ansprache, dass gerade heute unsere Gedanken bei jenen sind, die aktuell für ihre Freiheit kämpfen. Beide hoben außerdem die besondere historische Bedeutung

des Tages in der deutschen Geschichte hervor. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler betont: „Freiheit und Demokratie sind keine Selbstläufer. Für diese Werte müssen wir uns fortwährend stark machen, damit wir alle sie auch leben können.“

## VERANSTALTUNGEN

### **Sport und Kultur gehören ins Grundgesetz: „Elefantenrunde“ des DOSB**

Thomas Oppermann appellierte beim DOSB-Wahlhearing an Schwarz-Gelb, die Beratung des SPD-Gesetzentwurfes zur Aufnahme von Sport und Kultur ins Grundgesetz nicht länger auf die lange Bank zu schieben und endlich die Abstimmung im Bundestag freizugeben. Oppermann ist überzeugt, dass der Gesetzentwurf eine große Mehrheit im Bundestag findet.

Die Sportpolitikerinnen und Sportpolitiker der schwarz-gelben Koalition hatten wenige Tage zuvor in der Sitzung des Sportausschusses den Gesetzentwurf der SPD abgelehnt. „Das ist ein herber Rückschlag für die Sportpolitik“, bemerkte dazu Martin Gerster, sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Seltsam: Beim Wahlhearing des DOSB sprach sich FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle doch wieder für die Aufnahme von Sport und Kultur ins Grundgesetz aus, obwohl seine Fraktion den SPD-Entwurf im Sportausschuss erst eine Woche zuvor abgelehnt und die Abstimmung im federführenden Innenausschuss verschoben hatte. Thomas Oppermann freute sich daher umso mehr über das Plädoyer von Rainer Brüderle zur Aufnahme von Sport als Staatsziel. Dafür bietet sich eine gute Gelegenheit bei der Abstimmung im Bundestag zur 2./3. Lesung des Gesetzentwurfes Ende Juni 2013.

#### **Gemeinsame Wege in der Dopingbekämpfung**

Auch in Sachen Anti-Doping-Kampf konnte Thomas Oppermann unerwartete Zustimmung aus den Reihen der Koalition finden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Entwurf für ein Anti-Doping-Gesetz vorgelegt, der von Schwarz-Gelb im Sportausschuss ebenfalls abgelehnt wurde. Überraschend signalisierte Volker Kauder (CDU) beim DOSB-Wahlhearing seine grundsätzliche Bereitschaft, gemeinsame Wege in der Dopingbekämpfung zu finden und so etwa den Besitz von geringen Mengen Dopingmitteln unter Strafe zu stellen.

Das Wahlhearing, die „Elefantenrunde“ des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), fand mit Spitzenpolitikern aller Bundestagsfraktionen statt. Für die SPD-Bundestagsfraktion nahm Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Kompetenzteam von Peer Steinbrück für die Bereiche Innen und Sport, teil. Die Palette der Themen reichte vom Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement im Sport, Sportförderung, Prävention und Inklusion bis zur Debatte zum Kampf gegen Doping.

Weitere Gäste auf dem Podium des DOSB waren Volker Kauder (CDU/CSU), Rainer Brüderle (FDP), Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen) und Gregor Gysi (Die Linke). Johannes B. Kerner moderierte das Forum.

## **Bildungskongress 2020**

Ein Artikel zu der Veranstaltung ist unter <http://www.spdfraktion.de/themen/bildung> zu finden.  
Fotos zu dieser und weiteren Veranstaltungen gibt es hier:  
<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion>

**Weitere Informationen gibt es auch hier:**



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>